

Partizipative Prozesse diversitygerecht gestalten

HINWEIS ZUR SCHREIBWEISE:

In der vorliegenden Broschüre wird der Unterstrich/Gender-Gap verwendet, beispielsweise in Bürger_innen, um symbolisch Raum für Menschen zu schaffen, die sich nicht (nur) in der Zweigeschlechtlichkeit (Frau – Mann) verorten.

Einige der namentlich gekennzeichneten Artikel verwenden davon abweichende Schreibweisen.

HINWEIS ZUM INHALT:

Die namentlich gekennzeichneten Texte spiegeln nicht unbedingt die Positionen der Herausgeber_innen wieder, sondern stehen für sich.

Inhalt

1 Einführung	4
2 Partizipation und Demokratie	6
2.1 Zur Ausgangslage	6
2.2 Vielfältige Demokratie	6
2.3 Berliner Herausforderungen	8
2.4 Partizipation als Kooperation von Verwaltung und Zivilgesellschaft	8
2.4.1 Voraussetzungen innerhalb der Verwaltung	9
2.4.2 Voraussetzungen für die Zivilgesellschaft	11
2.4.3 Standards für eine aktive Bürgerschaft (active citizenship)	11
2.5 Fazit	12
3 Von Anfang an beteiligen	13
3.1 Strukturelle Prävention als Arbeitsansatz der Aidshilfen	14
3.2 Das Projekt PaKoMi	14
3.2.1 Was hat PaKoMi gebracht?	16
3.2.2 Wodurch wurde die Beteiligung von Migrant_innen gefördert und gehemmt?	17
3.3 Schlussfolgerungen	17
3.4 Literaturverzeichnis	18
4 Beispiele aus der Berliner Verwaltung	19
4.1 Kinder- und Jugendbeteiligung	19
4.1.1 Kinder Kiez Karten in Lichtenberg	19
4.1.2 Rahmenbedingungen	19
4.1.3 Ergebnis	20
4.1.4 Empfehlungen	22
4.1.5 Beschreibung der Workshop Woche	22
4.2 Bürgerhaushalt Lichtenberg	24
4.2.1 Kurzbeschreibung des Projekts	24
4.2.2 Welche Ressourcen stehen zur Verfügung?	24
4.2.3 Zielgruppe: Wer wird wie beteiligt?	25
4.2.4 Ergebnisse des Projekts	26
4.2.5 Empfehlungen	27
5 Weiterführende Informationen	28

1 Einführung

»Wir wollen mehr Demokratie wagen. (...) Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft werden eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein.«

(Willy Brand in seiner Regierungserklärung 1969)

Der oben zitierte Ruf nach mehr Demokratie und aktiver Beteiligung aus dem Jahr 1969 ist heute aktueller denn je. Mehr Mitbestimmung wird häufig als eine zentrale Strategie gegen Politikverdrossenheit und Demokratiedistanz verstanden. Zudem fordern immer mehr Bürger_innen ein, in Entscheidungen und Gestaltungsprozesse von Politik und Verwaltung, die sie unmittelbar betreffen, einbezogen zu werden. So stimmen beispielsweise 86% der befragten Personen in der Bertelsmann-Studie „Partizipation im Wandel“ aus Berlin-Mitte der Aussage zu, „dass Einwohner immer die Möglichkeit haben sollten, zu diskutieren und ihre Sicht darzulegen, bevor die Bezirksverordnetenversammlung wichtige Entscheidung trifft.“

Dieser Entwicklung folgend sind Verwaltungen zunehmend dazu angehalten, Bürger_innen in unterschiedliche Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Einige Verwaltungen verfügen bereits über umfangreiche Erfahrungen in Bezug auf die Umsetzung partizipativer Verfahren. So wird heutzutage beispielsweise kein größeres Stadtentwicklungsprojekt mehr ohne Bürger_innenbeteiligung realisiert. Und auch die Bürgerhaushalte, die es in vielen Berliner Bezirken gibt, sind Beteiligungsverfahren par excellence. Jenseits dessen setzen Verwaltungen Beteiligungsverfahren um, die sich an bestimmte Zielgruppen richten. Ein Beispiel hierfür ist die Kinder- und

Jugendbeteiligung in den Bezirken. Diesbezüglich gibt es bereits viel Expertise und es kann auf erfolgreiche Projekte wie zum Beispiel die U18-Wahl verwiesen werden.

Schon die wenigen Beispiele haben deutlich gemacht, wie unterschiedlich die jeweiligen Beteiligungsverfahren sind. Dennoch gibt es eine Reihe von grundsätzlichen Fragen und Herausforderungen, vor denen Verwaltungen bei der Umsetzung partizipativer Ansätze stehen. Diese Fragen lauten: Wie erreiche ich die Bürger_innen? Wie kommuniziere ich mein Vorhaben verständlich? Wie gehe ich mit den verschiedenen Meinungen um? Wie werden Entscheidungen getroffen? Insbesondere die Frage, wie von Beginn an auch die Grenzen der Mitbestimmung klar kommuniziert werden können, stellt eine häufige Herausforderung dar. Eine fehlende Klärung und fehlende Transparenz in dieser Frage kann dazu führen, dass Beteiligungsverfahren eher mehr Frustration schaffen als sie abbauen. In solchen Fällen kann auch schnell der Vorwurf der „Scheinpartizipation“ im Raum stehen.

Für den Erfolg von Beteiligungsverfahren ist es jenseits der aufgeworfenen inhaltlich wichtigen Fragen wesentlich, im Vorfeld zu klären, welches Wissen und welche Ressourcen – bspw. finanzielle, zeitliche und personelle Ressourcen – benötigt werden.

Die vorliegende Broschüre ist im Rahmen eines Diversity-Projekts entstanden. Das

Eine breite Beteiligung gelingt nur, wenn die vielfältigen Lebenslagen der Bürger_innen berücksichtigt werden.

Projekt zielt auf die Förderung des Umgangs der Verwaltung mit Vielfalt. Mit diesem Blick bzw. diesem besonderen Interesse haben wir uns dem Thema Partizipation genähert. Aus Partizipationsprozessen ist bekannt, dass die Beteiligung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen häufig eine Herausforderung darstellt. Nur allzu oft engagieren sich bestimmte Gruppen überdurchschnittlich viel und andere gar nicht. Das führt dazu, dass Belange und Sichtweisen eines großen Teils der Berliner Bevölkerung unterrepräsentiert sind. Zum Beispiel beteiligen sich Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen weniger an partizipativen Verfahren als Menschen ohne Behinderung. Hinderungsgründe dürften hier z.B. auch äußere Rahmenbedingungen, wie z.B. fehlende Barrierefreiheit, sein. Häufig gestaltet es sich zudem als Herausforderung, Menschen verschiedenen Alters für partizipative Verfahren zu gewinnen. Hierbei können zum Beispiel ungünstige Terminvorgaben oder eine fehlende Kinderbetreuung die Beteiligung bestimmter Gruppen verhindern. An diesen Beispielen wird deutlich, wie wichtig es ist, die Vielfalt an Lebenslagen der Berliner_innen zu berücksichtigen, um eine möglichst breite Beteiligung zu erzielen.

Um diese und weitere Themen und Herausforderungen zu diskutieren, hat die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) gemeinsam mit dem Verein Eine Welt der Vielfalt e.V. im Rahmen des Projektes „Berliner Netzwerke für Vielfalt“ Führungskräfte und Mitarbeitende der Berliner Bezirks- und Senatsverwaltungen im Oktober 2017 zu einem Fachgespräch eingeladen. Unter dem Motto „Wie können partizipative Prozesse gelingen?“ haben Expert_innen aus der Berliner Verwaltung gemeinsam mit zwei Referent_innen aus Wissenschaft und Praxis aktuelle Fragen

und Problemlagen diskutiert. Die Beiträge der Referent_innen haben wir in dieser Broschüre zusammengestellt. Sie werden ergänzt durch Praxisbeispiele aus der Berliner Verwaltung.

Unter dem Titel „Demokratie und Partizipation“ stellt Roland Roth die verschiedenen Formen der Beteiligung im demokratischen Miteinander dar, benennt Herausforderungen und wesentliche Faktoren, die auf Seiten der Verwaltung erfüllt sein müssen, um Beteiligung erfolgreich zu gestalten.

Der Artikel von Tanja Gangarova mit dem Titel „Von Anfang an beteiligen“ stellt die Herangehensweise eines Projekts zur Beteiligung von Migrant_innen in der Gesundheitsförderung vor und erläutert fördernde und hemmende Bedingungen aus Sicht der beteiligenden Organisation – der Verband der Deutschen Aidshilfe e.V..

Im vierten Kapitel werden zwei Beteiligungsverfahren aus der Berliner Verwaltung vorgestellt: ein Projekt der Kinder- und Jugendbeteiligung und der Bürgerhaushalt Lichtenberg.

Die Broschüre schließt mit Literaturtipps rund um das Thema Partizipation ab.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

2 Partizipation und Demokratie

Ein Beitrag von Prof. Dr. Roland Roth, bis 2014 Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH). Er ist Autor zahlreicher Studien zu Demokratie und Bürgerbeteiligung und Mitglied bei DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration.

2.1 Zur Ausgangslage

Meine hier nicht näher begründete Diagnose lautet: Wir befinden uns in einer *offenen und ambivalenten Situation in Sachen Demokratie*. Einerseits gibt es ein gestiegenes politisches Interesse (bei jungen Menschen), wachsende Partizipationsbereitschaft und starkes bürgerschaftliches Engagement (z. B. Engagement für Flüchtlinge) sowie eine breite Unterstützung demokratischer Werte. Spürbar ist eine deutliche Tendenz in Richtung vielfältige Demokratie.

Andererseits verfestigen sich Demokratiedistanz und –abkehr in bestimmten Milieus (im Osten Deutschlands stärker als im Westen). Sichtbare Erscheinung sind der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen (Pegida) und Parteien und ein anhaltend hohes opferreiches Aktivitätsniveau rechtsextremer Gruppierungen. In vielen Ländern sind zudem die alten Parteienkonstellationen zerfallen (zuerst Anfang der 1990er Jahre in Italien, zuletzt in den USA, Frankreich und mit starker Tendenz aktuell in Österreich) – von den Rückschlägen in der Demokratieentwicklung Ostmitteleuropas (Ungarn, Polen etc.) einmal ganz abgesehen. In vielen Teilen verändert sich das Gesicht der Demokratie, so wie wir es lange kannten.

Auf den ersten Blick mag Deutschland als demokratische „Stabilitätsinsel“ erscheinen. Aber auch hierzulande gibt es eine wachsende Distanz zu den „alten“ demokratischen politischen Parteien und einen Aufschwung für neue populistische Parteien. Migration, Flucht, wachsende soziale Ungleichheiten und andere Globalisierungsfolgen, aber auch nationalistische Gegenbewegungen à la Brexit und Trump drohen das Modell Deutschland alter Prägung von innen und von außen auszuhöhlen. Hinzu kommt die Destabilisierung zentraler Wachstumspfeiler – von der Deutschen Bank bis zur deutschen Automobilbranche – von den wachsenden regionalen Disparitäten ganz abgesehen, die auch in Berlin deutlich zu spüren sind.

In dieser ambivalenten Situation ist vor zweierlei zu warnen: Einer Politik des Weiter-so, die Stabilitätsannahmen einfach verlängert und die Herausforderungen ignoriert. Aber auch vor Untergangsszenarien à la „Postdemokratie“ oder der Diagnose einer scheinbar unaufhaltsamen „autoritären Wende“. Stattdessen steht eine kreative und gestaltende Demokratiepoltik auf der Tagesordnung.

2.2 Vielfältige Demokratie

Wer heute Demokratie stärken will, sollte die Entwicklung hin zu einer vielfältigen Demokratie im Blick behalten. Eine Rückkehr zu einer ausschließlich repräsentativen Praxis, wie sie die Nachkriegsjahrzehnte geprägt hat, ist weder erwartbar noch wünschenswert. Unsere „vielfältige Demokratie“ besteht heute aus fünf unterschiedlichen Elementen:

Es steht eine kreative und gestaltende Demokratiepoltik auf der Tagesordnung.

1. *Formen der repräsentativen Demokratie und ihrer Institutionen* (Wahlen, Parteien, Parlamente, das etablierte System intermediärer Interessenvermittlung etc.): sie erfahren noch immer eine hohe Wertschätzung und produzieren weit mehr als 90 Prozent aller Entscheidungen. Aber sie können heute keinen Alleinvertretungsanspruch mehr geltend machen, wie die nachlassende und sozial selektive Wahlbeteiligung oder die insgesamt schrumpfende Parteimitgliedschaft verdeutlichen. Zudem hat die Legitimationskraft parlamentarischer Entscheidungen deutlich gelitten. So werden zentrale Infrastrukturentscheidungen heute oft nur noch akzeptiert, wenn zusätzliche Formen der Beteiligung angeboten werden.
2. *Direktdemokratische Formen*, die auf verbindliche Entscheidungen zielen (Sachvoten), wie z. B. Bürgerbegehren, Bürgerentscheide, aber auch in bestimmten Versionen des Bürgerhaushalts, wenn die Bürgerschaft über Budgets bzw. Teile davon (mit-)entscheiden kann. Sie erfreuen sich in der Bürgerschaft deutlich größerer Wertschätzung als bei den repräsentativen Entscheidungsträgern.
3. *Dialogorientierte, deliberative Beteiligungsformen*, die von der öffentlichen Hand, gelegentlich auch von privaten Vorhabenträgern von oben angeboten werden und in eingeschränkter Form auch rechtlich fixiert sind. Es geht um Anregungen, neue Ideen und Prioritäten in der Entscheidungsvorbereitung. Sie sind bei allen Beteiligten oft mit großen Erwartungen verbunden, was die verbesserte Qualität der Entscheidungen, deren größere Interessenberücksichtigung und deren Akzeptanz betrifft. Zu ihnen gehört auch eine sich entwickelnde Beteiligungskultur in öffentlichen Einrichtungen und Programmen (Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen aber auch Quartiersräte in Gebieten der sozialen Stadt oder Heimbeiräte in Alten- und Pflegeeinrichtungen) und Stiftungen (z.B. Kinderbeiräte). Hinzu kommen eine wachsende Zahl von inzwischen mehr als 100 kommunalen Beteiligungssatzungen und -leitlinien (www.netzwerk-buergerbeteiligung.de), von Partizipationsbeauftragten in der Verwaltung, lokalen Handbüchern Bürgerbeteiligung und verbesserten rechtlichen Regelungen (z. B. Verwaltungsrichtlinien zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung in Planungsprozessen, die Absenkung der Hürden für direktdemokratische Beteiligungsformen und neue Transparenzgesetze).
4. *Proteste, Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen* sind als der eigentliche Motor auf dem Wege zu einer neuen Beteiligungskultur anzusehen. Mit ihrem Widerspruch, ihren Experimenten und Gegenentwürfen fordern sie von unten mehr Beteiligung ein, setzen neue Themen auf die Agenda, entwickeln Alternativen und erproben soziale Innovationen. Da dies verstärkt seit mehreren Jahrzehnten der Fall ist, können wir davon ausgehen, dass diese Beteiligungsoption in der Bürgerschaft gut verankert ist.
5. *Bürgerschaftliches Engagement*, das sich in vielfältigen Formen an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligt und dadurch ein demokratisches Mandat wahrnimmt. Im Kleinen etwas gestalten können lautet der größte gemeinsame Nenner, wenn es um die Motivation und die Ansprüche der Engagierten von heute geht. Solche politischen Ansprüche werden ignoriert, wenn freiwilliges Engagement nur als vorpolitische Aktivität in der Sphäre der Zivilgesellschaft angesiedelt wird. Das überraschend intensive und anhaltende freiwillige Engagement zeigt zudem, dass die Befunde der Freiwilligensurveys zu einer generell angewachsenen Bereitschaft zum Engagement in der Bevölkerung belastbar sind. Bei entsprechenden Herausforderungen en-

gagieren sich offensichtlich Menschen, die bisher keinen Anlass oder keine Gelegenheit für sich gesehen haben. Und sie tun dies nicht in erster Linie aus geselligen, beruflichen oder gemeinschaftlichen Motiven im Nahbereich, denn Engagement für Flüchtlinge setzt Empathie und Verständnis für „Fremde“, d. h. für Menschen aus fernen Kulturen und Ländern voraus.

Die Praxis der vielfältigen Demokratie verdeutlicht ein verändertes Politikverständnis, das nicht nur Entscheidungen im politischen System im engeren Sinne umfasst, sondern die Entfaltung von demokratischen Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in allen Lebensbereichen thematisiert, sei es in zivilgesellschaftlichen Organisationen, in der Wirtschaft oder in staatlichen Einrichtungen (Kita-Satzungen, demokratische Schulkultur, beteiligungsfreundliche öffentliche Verwaltungen etc.).

Mit dieser Tendenz zur vielfältigen Demokratie sind zahlreiche Herausforderungen verbunden. Bislang dominiert eher ein Neben- und Gegeneinander der verschiedenen Formen.

Zu wünschen ist aber ein anerkennendes und produktives Zusammenspiel.

Zudem steht jede der Formen vor eigenen Herausforderungen, die es zu bearbeiten gilt, denn die Schwächen lassen sich nur begrenzt wechselseitig kompensieren. So kann etwa mehr direkte Demokratie die Repräsentationsprobleme von Parlamenten nicht beheben.

Zahlreich sind auch die gemeinsamen Herausforderungen.

Dazu gehören wachsende politische Ungleichheiten, die Einbindung „stiller Gruppen“, die politische Integration von Zugewanderten (vom endlich zu schaffenden Wahlrecht für Drittstaaten-Ausländer bis zur Förderung von Einbürgerungen, deren Quote in jüngster Zeit wieder rückläufig ist) und die Eindämmung demokratiefeindlicher Einstellungen bis hin zu rechter Gewalt.

Dabei ist „Demokratie leben“ im Sinne einer vielfältigen Demokratie und den damit erweiterten Möglichkeiten zu politischen Wirksamkeitserfahrungen das zentrale Gegengift.

2.3 Berliner Herausforderungen

Berlin dürfte mit anderen Großstädten die Situation teilen, dass weniger als ein Fünftel der Bevölkerung sich hinreichend politisch beteiligt sieht. Hinzu kommt eine ausgeprägte politische Misstrauenskultur, die nicht von heute auf morgen zu überwinden ist.

Die Berliner Landespolitik steht dabei vor einigen besonders spannungsreichen Herausforderungen. Elemente vielfältiger Demokratie sind in Berlin reichlich vorhanden und haben Tradition (nicht zuletzt Bürgerinitiativen, Protest und Bewegungen). Einige Bezirke haben bereits sehr früh innovative Ansätze praktiziert – u. a. starke Kinder- und Jugendbeteiligung (Demokratiefonds), Bürgerhaushalte, Quartiersfonds und Schülerhaushalte.

Aber es fehlen weitgehend produktive Verknüpfungen zur repräsentativen Landesebene. Bisherige Versuche wirken eher halbherzig und die Berliner Potentiale bleiben ungenutzt (siehe die Ansätze zu einer Engagementstrategie in der letzten Legislaturperiode oder die jüngst angekündigten Beteiligungsleitlinien, denen bislang ein breit aufgesetzter Diskussionsprozess, der bereits als Teil der Umsetzung der Strategie anzulegen wäre, fehlt). Es dominieren eher wechselseitige Abschottungen, starke Kiez-Traditionen gepaart mit einer schwachen gesamtstädtischen Perspektive.

2.4 Partizipation als Kooperation von Verwaltung und Zivilgesellschaft

Ausgangspunkt ist eine bestehende Misstrauenskultur bei allen Beteiligten in Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. Sie kann nur überwunden werden, wenn der Nutzen für alle Beteiligten („win-win“) immer wieder im Vordergrund steht.

Beteiligung muss von allen Beteiligten gelernt werden.

Es braucht eine Beteiligungskultur (Maßstab: Bürgerbeteiligung wird zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Verwaltungskultur), die sich nur in einem längeren Prozess entfalten kann, denn Beteiligung muss von allen Beteiligten gelernt werden und dies immer wieder. Grundlagen sind die wechselseitige Wertschätzung, „gleiche Augenhöhe“ und Anerkennung von Bürgern als Experten ihres

Alltags, die oft bereit und fähig sind, sich auch in komplexe Themen einzuarbeiten. Aber auch die Wertschätzung von Fachverwaltungen, die über spezialisiertes Wissen verfügen, ist wichtig. In der Regel werden solche durchaus erfahrbare „Haltungen“ als zentrale Gelingensbedingungen benannt. Gleichzeitig ist Kooperationsbereitschaft bzw. eine Kooperationskultur eine weitere zentrale Ressource.

WAS BENÖTIGT DIE VERWALTUNG, UM BETEILIGUNGSORIENTIERT ZU ARBEITEN?

2.4.1 Voraussetzungen innerhalb der Verwaltung

- klare Ansage der politischen Spitze, Senats- bzw. BVV-Beschlüsse
- Systematisierung und Verbindlichkeit als neue Entwicklungsstufe
- fortlaufende Einbindung der Politik
- Leitlinien, die eine erwünschte Verwaltungskultur zum Ausdruck bringen und sie unterstützen und zugleich eine verlässliche Arbeitsgrundlage darstellen
- rechtliche Vorgaben, Verwaltungsvorschriften
- Organisationsstrukturen (spezialisierte Querschnittseinrichtungen, z. B. eine „Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung“ mit Verwaltungsexpertise, die für Beteiligungsprozesse in der Verwaltung zuständig sind und mit der Bürgerschaft kommunizieren) – Dies können auch zwei getrennte, aber kooperationsfähige Einheiten sein (siehe Potsdam: mitMachen e.V. und Verwaltungseinheit bilden die „WerkStadt für Beteiligung“ – seit 2013 – ähnliche Struktur im Kinder- und Jugendbereich.
- In jedem Fachamt werden Verantwortliche für Beteiligungsprozesse benannt, aber es braucht einen Koordinator bzw. Hüter der Leitlinien.
- personelle und finanzielle Ressourcen
- Gute Beteiligung ist aufwändig und kostet Geld, gutes Beispiel:
 - Heidelberg (seit 2012 Leitlinien) hat eine stadteigene Tochtergesellschaft für Veranstaltungsmanagement gegründet und entlastet damit die Fachbereiche.
- Beteiligungskompetenzen (Verfahren, Formate, gut ausgebildetes Personal, Weiterbildung)
- klare Zuständigkeiten und integriertes Projektmanagement
- auf inklusive Beteiligungsprozesse achten, um die (Re-)Produktion politischer Ungleichheit zu vermeiden (Stakeholder-Analysen, aufsuchende Formate, vorgängige Betroffenenbeteiligung etc.)
- Ressourcen und Kompetenzen für Konfliktbearbeitung und Moderation (Partizipationsprozesse vervielfältigen Optionen und aktualisieren latente Konflikte, können sie dadurch aber auch bearbeiten.)

- (Verbesserte) Kommunikations- und Medienkompetenzen, eigenständige Kommunikationsstrategie, Online-Plattform (z. B. Weiterentwicklung der Berliner Beteiligungsplattform, Informationsaufbereitung zentral („leichte Sprache“)
typische Herausforderungen:
Es wird gut beteiligt, aber außer den unmittelbar Engagierten bekommt es keiner mit. Die mediale Öffentlichkeit blockiert produktive Lösungen und diskreditiert Beteiligungsprozesse (alles bereits entschieden etc.).
Fachsprache erzeugt unnötige Beteiligungsbarrieren.
 - frühzeitige Beteiligung, angemessenes Timing
 - Kritik einbinden – dauert anfangs länger, ist auf Dauer jedoch erfolgreicher
 - langer Atem und Frustrationstoleranz. Auch Beteiligungsprozesse können scheitern, denn Beteiligung ist immer fragil, auch wenn Vertrauen aufgebaut wurde.
 - fehlerfreundliche Grundhaltung, Reflexion/Evaluation der Beteiligungsprozesse und Lernbereitschaft
 - Aufbau von Erfahrungswissen (Manuals, Tools etc.)
 - Kooperation mit fortgeschrittenen Kommunen (kollegiale Beratung), Rückgriff auf Externe (z.B. bei Konfliktbearbeitung oder wissenschaftlicher Expertise)
 - Offenheit für Beteiligungsbegehren von unten (Bürgerinitiativen, Proteste etc.)
- Im Sinne einer Beteiligungskultur ist die Prozessqualität entscheidender als die Ergebnisse.

WIE SOLLTE EINE BETEILIGUNGSFREUNDLICHE VERWALTUNG *NACH AUSSEN* AGIEREN?

2.4.2 Voraussetzungen für die Zivilgesellschaft

- gemeinsames politisches Leitbild (z. B. „Bürgerkommune“)
- Transparenz (Zielsetzungen, Verfahren, Alternativen etc.)
- Leitlinien/verbindliche Aussagen zur politischen Beteiligungskultur – landesweit und auf Bezirksebene
- Vorhabenliste (Sicherstellung möglichst frühzeitiger und umfassender Informationen über kommunale Planungen und Vorhaben (setzt die entsprechende Offenheit und Zuarbeit der Fachämter voraus)
- Ansprechpartner
- angepasste und auch aufsuchende Beteiligungsformate (Beispiel guter Praxis: Mannheimer Konversionsplanung)
- frühzeitige Beteiligung (mit Nulloption)

- klare Aussagen über bestehende Gestaltungsspielräume:

Fonds und Budgets als besondere Chance zum Abbau von Misstrauen bzw. als Vertrauensvorschuss

„Coping“ im Sinne der Klärung, wer alles in welchen Dimensionen von einem Vorhaben betroffen ist

Ressourcen für eigene Gutachtenvergabe

- lesbare Informationen und Entscheidungsgrundlagen
- klares Beteiligungskonzept für jedes Projekt
- Rechenschaft und Verantwortlichkeit („Gehörtwerden“ bedeutet stets, dass Verwaltung und Politik Rechenschaft über Umsetzungen und Zurückweisungen von Bürgervorschlägen geben.)

WAS IST VON DEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN ZU ERWARTEN?

2.4.3 Standards für eine aktive Bürgerschaft (active citizenship)

- Informations- und Lernbereitschaft
- Offenheit, die eigenen Interessen und Weltansichten zu kommunizieren, sie in Beteiligungsprozessen mit anderen zu überprüfen und womöglich zu revidieren
- Grundvertrauen (Vertrauensvorschuss) in die politische Fairness des Beteili-

gungsangebots, vor allem auch gegenüber staatlichen Stellen (symbolische Beteiligung ist Gift) und gegenüber anderen Beteiligten

- Bereitschaft zur Begleitung von politischen Beteiligungsprozessen und zur Bewertung der Ergebnisse im Sinne einer *monitory democracy* (John Keane)

2.5 Fazit

Demokratische Antworten auf die politischen Herausforderungen sind angesagt, dies gilt sowohl für diejenigen, die mehr Demokratie und Beteiligung wollen, wie auch für die wachsende Zahl derer, die in Distanz zur repräsentativen Politik verharren oder nach autoritären Lösungen verlangen. Eine Stärkung von politischer Partizipation im Sinne einer vielfältigen Demokratie vervielfältigt die Gelegenheiten zur demokratischen Selbstwirksamkeit und dürfte damit das wirksamste Gegengift gegen autoritäre und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen sein.

3 Von Anfang an beteiligen

»Für das Gelingen von Teilhabe müssen immer zwei Bedingungen gegeben sein: die Gelegenheiten dazu und die Nutzung dieser Gelegenheiten. Beide Bedingungen sind voraussetzungsvoll. Ob die Gelegenheiten vorhanden sind, hängt davon ab, dass die einen ‚Teilhabenden‘ auch anderen die Chance auf Teilhabe eröffnen. Sie müssen also etwas abgeben, vor allem Macht, Entscheidungsfreiheit, Prestige und materielle Ressourcen Ob die Gelegenheiten genutzt werden, hängt davon ab, ob sie real zugänglich sind, dass die Fertigkeiten und Wille für ihre Nutzung vorhanden sind. Soll gelungene Teilhabe vermehrt werden, müssen diese Nutzungsbedingungen hergestellt werden.«

(Rosenbrock, R. u. Hartung, S. 2012, S. 9)

Ein Beitrag von Tanja Gangarova, Referentin für Migration und Abteilungsleitung Strukturelle Prävention 2 der Deutschen Aids Hilfe. Sie verfügt über 10-jährige Erfahrung im Feld Migration, Gesundheitsförderung und Community Based Participatory Research (CBPR).

Wie lässt sich die Beteiligung von Migrant_innen an der Entwicklung von HIV-Prävention fördern? Potenziale und Grenzen communitybasierter Ansätze

Die Partizipation von Bürger_innen und Communities hat in der Gesundheitsförderung einen hohen Stellenwert, insbesondere im Hinblick auf Gruppen, die sozial und gesundheitlich benachteiligt sind (Mossakowski, Süß & Trojan 2009; WHO 1986, 1998). Ihre Beteiligung ist nicht nur gesundheitsförderlich, sondern trägt dazu bei, Zugänge zu ihren Communities zu etablieren und Präventionsangebote zu entwickeln, die an-

gemessen sind und gerne genutzt werden. Darüber hinaus hat ihre Beteiligung das Potenzial, strukturelle Veränderungen zu bewirken und die gesellschaftliche Teilhabe dieser Gruppen insgesamt zu verbessern.

Eine dieser benachteiligten Gruppen sind Migrant_innen, die nach wie vor als eine „schwer erreichbare“ Zielgruppe der HIV-Prävention gelten. Teilweise entsteht der Eindruck, dass diese „Schwererreichbarkeit“ eine Eigenschaft von Migrant_innen sei – etwas, was wir auch in anderen Sozialbereichen beobachten. Dabei handelt es sich um ein Beziehungs- bzw. Machtverhältnis, denn Partizipation ist nicht per se gegeben.

Dieser Artikel argumentiert dagegen, dass die Wahrnehmung von Migrant_innen als „schwer erreichbar“ aus ihrer mangelnden gesellschaftlichen Teilhabe bzw. der mangelnden Bereitschaft der „Machthabenden“

Beteiligung muss von allen Beteiligten gelernt werden.

(Politik, relevante Einrichtungen und ihre Akteur_innen) resultiert, ihre Macht teilweise abzugeben. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass eine verstärkte Beteiligung von Migrant_innen auch die Frage ihrer Erreichbarkeit lösen kann. Dies setzt voraus, dass Prozesse des Powersharings bzw. diversity-orientierten Arbeitens initiiert werden, um Strukturen zu schaffen, die eine reale Beteiligung von Migrant_innen ermöglichen.

Im Folgenden sollen Chancen und Grenzen der Partizipation von Migrant_innen an der Entwicklung gesundheitsfördernder Maßnahmen am Beispiel der HIV-Prävention aufgezeigt werden. Der Artikel basiert auf den Ergebnissen des partizipativen Forschungsprojekts PaKoMi, in dem fördernde und hemmende Bedingungen für eine solche Beteiligung untersucht wurden.

3.1 Strukturelle Prävention als Arbeitsansatz der Aidshilfen

Die Arbeit der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. (DAH) – ein Verband, in dem etwa 130 Organisationen (Aids- und Drogenhilfen, Präventionsprojekte, Checkpoints, Schwulen- und Lesbenzentren, Prostitutionsprojekte, Wohn- und Pflegeprojekte) vereint sind – orientiert sich an der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung von 1986, welcher das Lebensweisenkonzept der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zugrunde liegt (vgl. WHO 1986). Dieses Konzept sieht vor, individuelles Verhalten und gesellschaftliche Verhältnisse zu beeinflussen, dabei die Communities zu beteiligen und zu stärken sowie die Präventionsebenen Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention so zu verschränken, dass Gesundheit lebensweltnah gefördert wird.

Die HIV-Prävention in Deutschland zeichnet sich traditionell durch ein hohes Maß an Community-Beteiligung aus. Seit Beginn der Epidemie haben sich die von HIV und Aids besonders Bedrohten und Betroffenen – insbesondere deutsche schwule Männer und ihre Netzwerke – organisiert, um auf den Umgang mit der neuen Krankheit Einfluss zu nehmen. Schon bald kamen

Drogengebraucher_innen und Sexarbeiter_innen hinzu. Aktuell besteht eine der Herausforderungen in der Verbesserung der Prävention für und mit Migrant_innen.

Dass sie im Vergleich zu anderen Gruppen bislang weniger stark in die HIV-Prävention einbezogen werden, liegt zum Teil daran, dass Migrant_innen erst mit einer gewissen Verzögerung zu einer Zielgruppe der HIV-Prävention geworden sind. Diese Verzögerung hängt in erster Linie mit dem Infektions- und Migrationsgeschehen zusammen.

Unser Verband war sich einig: Aidshilfen sind für alle von HIV bedrohten und betroffenen Menschen da – auch für Migrant_innen. Dennoch warfen Migrant_innen auch Fragen auf: Müssen wir nicht unsere Strukturen verändern, um (noch mehr) Diversität zu ermöglichen? Was bedeutet dies für unsere Arbeit und die Zusammensetzung unserer Teams?

Seit den 1990ern sind vielversprechende Entwicklungen im Verband zu beobachten: innovative peerbasierte Modellprojekte, Fortbildungen für Mitarbeiter_innen, Konzeptseminare zum Thema und vieles mehr. Nichtsdestotrotz bestehen noch zahlreiche Herausforderungen. Fehlende Sprachkompetenzen, soziale Ausgrenzung, Unkenntnis des deutschen Gesundheits- und Versorgungssystems, strukturelle Diskriminierung (z. B. kein Aufenthaltsstatus, keine Krankenversicherung) stellen für Migrant_innen wesentliche Barrieren dar. Demgegenüber steht der Bereich der Gesundheitsförderung mit teils unzureichend entwickelten diversityorientierten Ansätzen und partizipativen Arbeitsweisen, knappen Ressourcen und der Übernahme gesellschaftlicher Stigmatisierung und Stereotypisierung.

3.2 Das Projekt PaKoMi

PaKoMi steht für „Partizipation und Kooperation in der HIV-Prävention mit Migrant_innen“. Das 2008–2011 von der DAH durchgeführte Projekt, das vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

(WZB) begleitet wurde, sollte die Partizipation verschiedener Communities von Migrant_innen und die Kooperation verschiedener Anbieter und Einrichtungen in der HIV-Primärprävention fördern und untersuchen.

Das Verständnis von Partizipation orientiert sich dabei an einem Stufenmodell, das für die Qualitätsentwicklung in der Gesundheitsförderung und Prävention entwickelt wurde; Partizipation ist hier definiert als Beteiligung mit Entscheidungsmacht (Wright/von Unger/Block 2010). HIV-Prävention nicht nur partizipativ (mit Migrant_innen), sondern auch „kooperativ“ zu entwickeln, bedeutet Zusammenarbeit mit verschiedenen Einrichtungen und relevanten Anbietern sozialer und gesundheitlicher Dienste.

Um die dargestellten Projektziele zu verfolgen, wurde ein partizipatives Projektdesign gewählt, das sich an den Prinzipien von *Community-Based Participatory Research (CBPR)* orientiert. Diese basieren auf dem Grundsatz, Wissenschafts-, Praxis- und Community-Partner_innen an allen Phasen des Forschungsprozesses von der Zielsetzung bis zur Auswertung und Verwertung mit Entscheidungsmacht zu beteiligen (ICPHR, 2013).

Das Projekt hatte verschiedene Komponenten: Bundesweite Befragung von Aidshilfe-Organisationen zur Bestandsaufnahme im Hinblick auf Angebote der HIV-Prävention für Migrant_innen, partizipative Fallstudien in vier Städten, eine Workshop-Reihe zur methodischen und fachlichen Weiterbildung und eine partizipative Auswertungsphase.

An der Entwicklung der Projektidee waren Wissenschaftler_innen (WZB) und Praxispartner_innen (DAH) gleichberechtigt beteiligt. Vertreter_innen des Zuwendungsgebers (Bundesministerium für Gesundheit) haben während der Antragstellungsphase im Rahmen eines Diskussionsprozesses Einfluss auf die Zielsetzung des Projekts genommen. Es wurde allerdings darauf geachtet, im Projektdesign

genügend Flexibilität zu erhalten, um den lokalen Community-Partner_innen, die erst im Verlauf des Projektes hinzugezogen werden konnten, das Einbringen eigener Interessen und Schwerpunktsetzungen zu ermöglichen.

In vier Städten wurden partizipative Fallstudien durchgeführt, in denen Community- und Praxispartner_innen sowie Wissenschaftler_innen gleichberechtigt zusammenarbeiteten. Zu Beginn wurden Arbeitsgruppen gebildet und partizipative Bestandsaufnahmen vor Ort durchgeführt. Dabei wurden Community-Mapping, Photovoice und andere innovative Methoden angewendet, um die Merkmale, Ressourcen und Probleme der Communities zu visualisieren und zu analysieren. Erst auf dieser Basis wurde der lokale Handlungsbedarf identifiziert und ein gemeinsames Ziel festgelegt.

- In Hamburg wurden afrikanische Peer-Forscher_innen ausgebildet, die in ihren Communities mithilfe von Fragebögen, Interviews und Fokusgruppen Befragungen zu HIV/Aids durchführten.
- In Osnabrück wurde deutlich, dass es kaum Community-Strukturen gab, so dass Maßnahmen des Community-Building und die Gründung einer Migrantenselbstorganisation (MSO) in Angriff genommen wurden. Letztere soll langfristig Afrikaner_innen in Osnabrück zu gesundheitsrelevanten Fragen beraten.
- In Dortmund wurden partizipative Maßnahmen mit bulgarischen Sexarbeiter_innen entwickelt: Auf dem weiblichen Straßenstrich wurden Kochabende durchgeführt, bei denen die Praxispartner_innen mit den Sexarbeiter_innen gemeinsam kochten und ihre teilnehmende Beobachtung in Feldnotizen und Fotos dokumentierten. Parallel dazu wurde mit männlichen Sexarbeitern ein Community-Mapping umgesetzt. Peers aus der Zielgruppe waren an der Konzeption, Durchführung und Auswertung des Mappings beteiligt.

- In Berlin wurden neue Zugänge zu migrantischen Männern, die Sex mit Männern haben, gesucht. Dazu wurden erstens Russisch und Türkisch sprechende Community-Vertreter_innen mithilfe von Expert_innen-Interviews befragt. Zweitens wurden Männer, die Sex mit Männern haben (MSM), in Internetforen auf Russisch und Türkisch befragt. Drittens wurde mit männlichen Prostituierten aus osteuropäischen Ländern ein Gruppenverfahren durchgeführt, das eine Adaption der Story/Dialogue-Methode darstellt (v. Unger u. Gangarova, 2011).

Parallel zu den Fallstudien wurden fallübergreifende Workshops zu Konzepten und Methoden der Partizipation von und Kooperation mit Migrant_innen sowie zu interkultureller Kommunikation angeboten. Diese Workshops ermöglichten auch den fachlichen Austausch und boten gleichzeitig die Möglichkeit, an der Haltung der Projektbeteiligten zu arbeiten bzw. eine reale Partizipation zu ermöglichen.

Außerdem wurde ein Beirat einberufen, der das Projekt über die gesamte Laufzeit beratend begleitete. Vertreten waren darin sowohl Wissenschaftler_innen als auch Community-Vertreter_innen und professionelle Praktiker_innen.

Die Ergebnisse der Fallstudien und Workshops wurden gemeinsam ausgewertet.

3.2.1 Was hat PaKoMi gebracht?

Die Beteiligung von Migrant_innen an der HIV-Prävention hat positive Auswirkungen auf mehreren Ebenen gehabt:

- *für die Projektbeteiligten:* Ihre Ressourcen wurden aktiviert und ihre Kompetenzen gestärkt;
- *für die Communities:* Migrant-Communities wurden gestärkt und ihre Selbstorganisation auf lokaler und nationaler Ebene wurde vorangetrieben, etwa durch die Gründung des Vereins „Afro-Info-Pool“ in Osna-

brück oder durch die Verstärkung und den Ausbau bestehender Strukturen wie beim „Café Afrika“ der AIDS-Hilfe Hamburg;

- *für die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen:* die Zusammenarbeit mit Migrant-Communities wurde verbessert, eine ressourcen- bzw. diversitätsorientierte Arbeitsweise wurde etabliert, mehrere beteiligte Migrant_innen wurden fest eingestellt (übernommen);
- *für die HIV-Prävention:* die Zugänge zu Migrant-Communities wurden verbessert, es wurde Wissen über die Lebenswelten, Bedürfnisse und Ressourcen von Migrant_innen gewonnen und es wurden angemessene Maßnahmen und Angebote der Prävention entwickelt;
- *für Folgeprojekte und die nationale Vernetzung von Migrantenselbstorganisationen (MSO):* Im Anschluss an PaKoMi wurde auf Wunsch der beteiligten Migrant-Communities mit der finanziellen Unterstützung der DAH ein nationales Netzwerk mit dem Namen „Afrikanisches Gesundheits- & HIV Netzwerk in Deutschland“ (AGHNiD) gegründet. Das Netzwerk besteht aktuell aus 16 MSOs, die in verschiedenen deutschen Städten aktiv sind. Während der letzten fünf Jahre hat AGHNiD gemeinsam mit der DAH mehrere Modellprojekte durchgeführt, so etwa das Projekt „Deine Gesundheit, dein Glaube – HIV-Prävention in afrikanischen Kirchengemeinden“ sowie die erste deutsche Konferenz von Schwarzafrikaner_innen für Schwarzafrikaner_innen („Von wegen schwer erreichbar!“). Mit der Entstehung von AGHNiD wurde auch die Umsetzung der ersten repräsentativen epidemiologischen Studie des Robert-Koch-Instituts (RKI) zu Migration und HIV/STIs (MIS-SA-Studie) möglich.

3.2.2 Wodurch wurde die Beteiligung von Migrant_innen gefördert und gehemmt?

Im PaKoMi-Projekt und darüber hinaus wurden fördernde und hemmende Bedingungen für die Partizipation von Migrant_innen an der Entwicklung von HIV-Prävention analysiert.

- *Fördernde Bedingungen*

Zu den positiven Bedingungen gehören die Offenheit für Neues sowie Flexibilität der Zuwendungsgeber in Bezug auf eine innovative und partizipative Projektgestaltung. Darüber hinaus sind die Bereitschaft und die Fähigkeit der beteiligten Einrichtungen zu benennen, sich auf neue Prozesse einzulassen und die eigene Arbeit kritisch zu hinterfragen.

Förderlich ist zudem, wenn Bundesländer und Kommunen Verantwortung für die Steuerung von Präventionsangeboten für Migrant_innen übernehmen – wenn Vorgaben oder Anreize sowie Ressourcen für Selbstorganisation und Kooperationen gegeben sind. Förderlich ist auch, wenn die interkulturelle Öffnung der Einrichtungen bereits begonnen hat, wenn Migrant_innen hauptamtlich beschäftigt werden, wenn die Arbeitsweisen partizipativ gestaltet werden, wenn die Beteiligung von ehrenamtlichen Migrant_innen finanziell ermöglicht wird (z. B. durch Honorare und Aufwandsentschädigungen) und wenn die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Migrantenselbstorganisationen besteht. Förderlich ist schließlich auch, wenn Migranten-Communities bereits Strukturen der Selbstorganisation ausgebildet haben und wenn es Mitglieder gibt, die sich für gemeinsame Anliegen engagieren.

- *Hemmende Bedingungen*

Die Beteiligung von Migrant_innen im Rahmen von PaKoMi wurde in erster Linie durch ihre soziale und strukturelle Ausgrenzung behindert. Einige hatten keinen sicheren Aufenthaltsstatus, andere hatten nur einen

eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt oder ihre Bildungsabschlüsse wurden nicht anerkannt. Die negativen Erfahrungen mit Rassismus in Deutschland führten oft zu mangelndem Vertrauen in deutsche Organisationen. Ihre Möglichkeiten, sich zu beteiligen, waren dadurch limitiert. Ein weiteres Problem war die unzureichende interkulturelle Öffnung und Ressourcenausstattung der beteiligten Einrichtungen (Aidshilfen, Gesundheitsämter usw.). Es gab nicht genügend hauptamtliche Mitarbeiter_innen mit Migrationshintergrund, es fehlte an transkulturellen bzw. Diversity-Kompetenzen, und nur wenige Einrichtungen können sich professionelle Sprachmittler_innen leisten. In einigen Kommunen fehlt es zudem an politischer Steuerung im Bereich der HIV-Prävention für Migrant_innen – Einrichtungen und Anbieter konkurrieren um Zuständigkeiten und öffentliche Gelder, was eine Zusammenarbeit erschwert. Probleme gab es auch im Miteinander. Gegenseitige Vorbehalte oder Scheinpartizipation stellen große Hindernisse für Teilhabe dar – zum Beispiel, wenn Migrant_innen zwar „mitmachen“, aber nicht mitentscheiden dürfen.

3.3 Schlussfolgerungen

PaKoMi hat gezeigt, dass die Beteiligung von stark benachteiligten Migrant_innen möglich ist, wenn sie ermöglicht und unterstützt wird. Dazu gehören nicht nur mehr Ressourcen, sondern auch die Bereitschaft der Einrichtungen, sich auf Prozesse der interkulturellen Öffnung als Teil eines übergreifenden Diversity-Ansatzes einzulassen und Strukturen für eine reale Beteiligung von Migrant_innen zu schaffen. Letzteres impliziert u. a. die hauptamtliche Beschäftigung von Migrant_innen sowie die Förderung ihrer Selbstorganisation, denn damit erhöhen sich die Chancen, dass weitere Migrant_innen auf verschiedenen Stufen der Partizipation beteiligt werden. Nicht zuletzt gilt es im Sinne der Strukturellen Prävention zu arbeiten und sich gegen Stigmatisierung und Diskriminierung sowie für die Inklusion von Migrant_innen in Deutschland einzusetzen.

Scheinpartizipation stellt ein großes Hindernis für Teilhabe dar – z.B. wenn Migrant_innen zwar „mitmachen“ aber nicht mitentscheiden dürfen.

3.4 Literaturverzeichnis

- International Collaboration for Participatory Health Research (2013). What is Participatory Health Research? Position Paper 1, http://www.icphr.org/uploads/2/0/3/9/20399575/ichpr_position_paper_1_definition_-_version_may_2013.pdf
- Mossakowski, Karin; Süß, Waldemar & Trojan, Alf (2009). Partizipative Ansätze in der gemeindenahen Gesundheitsförderung. *Prävention und Gesundheitsförderung*, 4, 184–194.
- Rosenbrock, R., Hartung, S. (2012). Gesundheit und Partizipation. Einführung und Problemaufriss. In: Rosenbrock, R. u. Hartung, S. (Hrsg.), *Handbuch Partizipation und Gesundheit*. Göttingen: Hogrefe, S. 9.
- World Health Organisation (WHO) (1986). Health Promotion. Ottawa Charter, http://whqlibdoc.who.int/hq/1995/WHO_HPR_HEP_95.1.pdf [Zugriff: 5.8.2010].
- World Health Organisation (WHO) (1998). Gesundheit 21 – Gesundheit für alle im 21. Jahrhundert, http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0005/88592/EHFA5-G.pdf [Zugriff: 5.8.2010].
- von Unger, Hella & Gangarova, Tanja (2011). *PaKoMi Handbuch: HIV-Prävention für und mit Migrant/inn/en*. Berlin: Deutsche AIDS-Hilfe e.V.
- Wright, Michael T., Block, Martina & von Unger, Hella (2009). Partizipative Qualitätsentwicklung. In Petra Kolip & Veronika Müller (Hrsg.), *Qualität von Gesundheitsförderung und Prävention. Handbuch Gesundheitswissenschaften*. Bern: Hans Huber Verlag, S. 157–175.
- Wright, Michael T., von Unger, Hella & Block, Martina (2010). Partizipation der Zielgruppe in der Gesundheitsförderung und Prävention. In Michael T. Wright (Hrsg.), *Partizipative Qualitätsentwicklung in der Gesundheitsförderung und Prävention*. Bern: Hans Huber Verlag, S. 35–52.

4 Beispiele aus der Berliner Verwaltung

Nachfolgend werden zwei Beteiligungsverfahren aus dem Bezirk Lichtenberg vorgestellt.

Das Projekt „Kinderkiezkarten“ gibt Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, ihren Kiez für andere darzustellen und gibt Politik und Verwaltung damit einen Einblick in die Sichtweise von Kindern und Jugendlichen. In diesem Prozess – der anschaulich im Artikel beschrieben ist – werden die Teilnehmenden maßgeblich an nachhaltiger Sozialraumentwicklung beteiligt.

Im zweiten Beispiel wird dargestellt, wie der Bürgerhaushalt in Lichtenberg eingeführt und verstetigt wurde. Dabei geht es unter anderem darum, welche Möglichkeiten der Beteiligung die Bürger_innen haben und wie Entscheidungen zur Umsetzung von Vorschlägen getroffen werden.

4.1 Kinder- und Jugendbeteiligung

Ein Beitrag von Manuela Elsaßer, Koordinatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung im Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

4.1.1 Kinder Kiez Karten in Lichtenberg

Die Kinder Kiez Karten sind ein Erfolgsmodell. Seit 2010 sind zehn Karten entstanden, die ein Beispiel für gelebte Partizipation im kinderfreundlichen Bezirk Lichtenberg sind. Es hört sich einfach an: Kinder stellen nach Erkundungen ihres Kiezes in ihren Worten und Bildern dar, was ihnen in ihrem Kiez wichtig ist. Das kann Positives und Negatives sein. Dahinter steht ein ausgefeiltes Konzept, das 2014 mit einem Präventionspreis ausgezeichnet wurde. Das Ziel besteht darin, durch ein Beteiligungsverfahren die Sichtweisen

von Kindern nachhaltig zu visualisieren. Das Ergebnis ist eine Kinder Kiez Karte im Hosentaschenformat.

In den ersten Jahren konnten für dieses Projekt finanzielle Mittel vom Lokalen Aktionsplan des Bundesprogrammes „Toleranz fördern und Kompetenzen stärken“ akquiriert werden. Als sich der Bezirk Lichtenberg im Jahr 2015 als familiengerechte Kommune auditieren ließ, wurden das Kinder Kiez Karten Projekt als eine wichtige Maßnahme heraus gestellt und das Projekt wird seit den letzten zwei Jahren intern finanziert. Hierbei liegt die Federführung bei der Koordinatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung.

4.1.2 Rahmenbedingungen

Zu Beginn werden die Rahmenbedingungen geschaffen. Dazu gehören, die Finanzierung sicher zu stellen, den entsprechenden Sozi-



© Bezirksamt Lichtenberg, Manuela Elsaßer

alraum (Kiez) zu bestimmen und die Gruppe der Betreuer*innen zu gewinnen. Als Nächstes wird eine Grundschule gesucht, die sich zum einen im Sozialraum befindet und zum anderen eine Projektwoche gestalten will. Zeitgleich wird ein Veranstaltungsort organisiert. Es hat sich gezeigt, dass Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen oder Räume der Schulsozialarbeit im jeweiligen Kiez gut geeignet sind. Für den Erfolg des Workshops ist das „Lernen an einem anderen Ort“ ein wichtiges Kriterium. Empfehlenswert ist ein 5-tägiger Workshop und im besten Fall ein sogenanntes „Kennenlernetreffen“ kurz vor der Workshop Woche. Dadurch bekommen die Kinder schon ein Gefühl, mit wem sie die folgende Woche verbringen und was das Ziel dieses Workshops ist.

4.1.3 Ergebnis

Das **Ergebnis** dieses Projektes ist es, die frisch gedruckten Kinder Kiez Karten, den Macher*innen bei einem Übergabefest feierlich zu überreichen und ihnen Wertschätzung für ihr Engagement zu vermitteln.

ABER: Die Kinder Kiez Karten können noch viel mehr, denn der Weg ist das Ziel! Wir haben einige wichtige „Nebenprodukte“ zusammengefasst und unter den Titel „Die Magischen Sechs“ gesetzt:

Partizipation: Kinder erleben, dass ihre Sichtweisen, Meinungen und Hinweise ernst genommen werden und dass zuständige Erwachsene aus ihren Karten Verbesserungspotentiale ableiten bzw. die Bewertung der Kinder in ihre Arbeit einfließen lassen.

Kooperation: Jugendfreizeiteinrichtungen in kommunaler und freier Trägerschaft, Schulen, Einrichtungen des Bereiches für Hilfen zur Erziehung, Institutionen der Behindertenhilfe und verschiedene Abteilungen des Bezirksamtes Lichtenberg arbeiten in enger Kooperation im Projekt der Kinder Kiez Karten zusammen.

Prävention: Der präventive Grundgedanke der Kinder Kiez Karte ist es, mögliche Angsträume zu visualisieren und somit den verantwortlichen Fachleuten die Chance zu geben, sich um Problemlösung zu bemühen. Des Weiteren werden Kinder vor Gewalt und Kriminalität geschützt, in dem sie den Kiez

besser kennenlernen und auf Angsträume hingewiesen werden.

Inklusion: Kinder und Erwachsene erleben einen Perspektivwechsel und entwickeln Ideen, wie der Sozialraum inklusiv umgestaltet werden kann. Des Weiteren werden die Kinder sensibilisiert für die Lebenswelt von Menschen mit Behinderungen oder besonderen Bedürfnissen.

Sozialraumorientierung: Kinder werden mit Methoden der Sozialraumorientierung (nach U. Deinet) vertraut gemacht und entwickeln eine eigene Kiez Karte.

Vernetzung: Durch die sozialräumliche Orientierung erleben Kinder eine Vernetzung im Kiez und somit eine verstärkte Orientierung und Ressourcennutzung.

Wir haben außerdem die Frage gestellt: „Was können Kinder Kiez Karten für den Bezirk Lichtenberg tun und für den einzelnen Sozialraum (Kiez)?“

Die Kinder Kiez Karten werden in den Kiezatlas eingestellt, welches als Ergänzung dient und die Kindersicht einbezieht. Die Kinder

Kiez Karten unterstreichen auf sehr kindgerechte Art und Weise das Lichtenberger Leitbild - „Kinder- und Familienfreundlicher Stadtbezirk“. Es ist ein Projekt der Partizipation von Kindern, in dem sich von der Ist-Stands-Erhebung bis zu Veränderungspotentialen das Engagement der Kinder für ihr Umfeld abbildet. Das Bezirksamt und die Politik von Lichtenberg nehmen Kenntnis (Angsträume, Spielplatzbewertung) und leiten daraus weitere Gestaltungsmöglichkeiten ab.

Die Kinder Kiez Karten sind ein wesentlicher Beitrag für nachhaltige sozialräumliche Entwicklung unter dem Aspekt der Verbesserung der Lebensqualität. Der Kiez wird als Ressource begriffen. Die Kinder Kiez Karten stellen einen Überblick der Angebote für Kinder im Kiez dar. Durch die Einbeziehung der Kinder (Bürger*innen) wirken die Karten identitätsbildend. Sie sind innovativ und strahlen positiv in den Kiez hinein. Angsträume werden identifiziert, diskutiert und abgestellt. Die Karten zeigen den Leser*innen vielfältige, räumliche Nutzungsmöglichkeiten.



© Bezirksamt Lichtenberg, Manuela Elsaßer



© Bezirksamt Lichtenberg, Manuela Elsaßer

4.1.4 Empfehlungen

Wie bei allen Projekten sind im Vorfeld die Ressourcen zu prüfen und zu planen.

Des Weiteren braucht es eine enge Zusammenarbeit mit einer Grafikfirma, die für das Darstellen der Karten und der Piktogramme in kindgerechter Form zuständig ist. Das Konzept ist für einen fünftägigen Workshop ausgelegt und zu empfehlen ist, Kinder von der 2. Klasse bis zur 5. Klasse einzubeziehen. Zu bedenken ist, dass für die grafische Umsetzung und den Druck einige Wochen/Monate einzuplanen sind. Der krönende Abschluss sollte in Form eines kleinen Festes organisiert werden. Dabei sollte den Macher*innen – den Kindern – die Kiez Karte zuerst überreicht werden.

4.1.5 Beschreibung der Workshop Woche

Am ersten Tag wird den Kindern der Ablauf der Woche vorgestellt. Sie verorten sich mit der Nadelmethode auf einer Karte des Gebietes. Dann werden mit den Kindern die Schwerpunkte der Erarbeitung festgelegt, zum Beispiel: Spielplätze bewerten, Spielplätze auf Barrierefreiheit untersuchen, Angsträume und besonders schöne Orte

visualisieren. Danach wird die Gruppe in 4 Kleingruppen aufgeteilt, die sich durch verschiedene Farben unterscheiden. Dann geben sich die Gruppe ihre Namen und gestalten dazu Buttons. Beispiele aus der Vergangenheit sind: Die schlauen Füchse, Sunshine Girls, Die roten Früchte, Das BKG Team oder Die Kiezkönige*in. Jede Kleingruppe erhält eine Route entsprechend ihrer Farbe. Der erste Teil der Stadtteilerkundung findet anschließend statt. Die Kinder sind mit kleinen Karten ihrer entsprechenden Route und mit Tabellen auf Klemmbrettern ausgestattet und werden von zwei Betreuer*innen begleitet.

Der zweite Tag beginnt mit einer Resterunde „Was ist vom vorigen Tag übrig geblieben, was gibt es für Hinweise für den heutigen Tag?“ Dann brechen die kleinen Gruppen zum zweiten Teil der Stadtteilerkundung auf und notieren und fotografieren ihre Informationen, Hinweise und Wahrnehmungen.

Der dritte Tag bietet ein sehr umfangreiches Programm und stellt auch einen Schwerpunkt der Erarbeitung dar. Die Ergebnisse werden in den Kleingruppen ausgewertet, abgestimmt und visualisiert. Das heißt, es werden auf einer gemeinsamen

großen Karte Kartierungen vorgenommen, eine Legende wird erstellt, die später für den Grafiker ein wichtiges Arbeitsmittel darstellt. Nachdem sich die Kleingruppe entschieden hat, welchen Ort sie für den „schönsten Platz“ auf ihrer Route hält, wird dieser kreativ dargestellt. Beide Erarbeitungen werden dann von allen vier Gruppen im Plenum präsentiert.

Am vierten Tag lernen die Kinder Piktogramme erstellen. Sie entscheiden, welche Orte und Plätze sie in ihrem Teil der Karte symbolisch darstellen wollen und zeichnen dazu Bilder, die dann viel später in die Kinder Kiez Karte einfließen. Für alle vier Gruppen besteht die Aufgabe darin, für bestimmte Orte (z.B. Spielplätze, Schulen, Sportplätze usw.) Piktogramme zu zeichnen, die dann später im Plenum abgestimmt werden. Dabei gilt, dass es nur ein Spielplatzsymbol usw. in die Karte schaffen kann. Des Weiteren

wird die Grundfarbe der Karte und der Namen abgestimmt. Abschließend machen sich alle Kinder gemeinsam auf, um sich einen der schönsten vier Plätze anzuschauen und zu bespielen.

Der letzte Tag startet mit der Besichtigung der weiteren schönsten Orte der Kleingruppen, sodass am Ende alle Kinder in allen Teilen des Sozialraumes waren. Zurück in der Einrichtung gibt es einen gemeinsamen „Marktrundgang“ – alle Erarbeitungen werden betrachtet. Dann werden für alle Kinder Mitmach-Zertifikate oder Medaillen überreicht. Zum Schluss gibt es eine kleine Party mit einem tollen Buffet und der Vereinbarung, in einigen Wochen ein Wiedersehen zur Überreichung der fertig gedruckten Kinder Kiez Karten durchzuführen. Die Kinder haben das Vorrecht, die Karten als Erste überreicht zu bekommen.



© Bezirksamt Lichtenberg

4.2 Bürgerhaushalt Lichtenberg

Ein Beitrag von Silvia Gröber, Stabsstelle Bürgerbeteiligung, Bezirksamt Lichtenberg

4.2.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Der Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg ist ein Beteiligungsverfahren, das über die unmittelbare Anbindung an die Haushaltsplanung und -umsetzung des Bezirkes der Lichtenberger Bürgerschaft die Möglichkeit bietet, einen Teil des bezirklichen Haushaltes bzw. der bezirklichen Leistungen und Aufgaben mitzugestalten. Eingeführt wurde das Verfahren zum Bürgerhaushalt in Lichtenberg im Jahr 2005. Dabei startete es als Modellprojekt im Rahmen der Neuordnungsaenda 2006 - ein Masterplan des Senats, der wichtige politische Neuordnungsprojekte und -vorhaben zur strukturellen Veränderung des öffentlichen Sektors in Berlin, im Sinne der Verwaltungsmodernisierung, enthielt. Seitdem ist der Bürgerhaushalt im Bezirk als reguläres Verwaltungshandeln verankert und wird kontinuierlich weiterentwickelt.

Lichtenberg war somit seinerzeit Vorreiter in Deutschland, was den Einsatz von Bürger-

haushalten in Großstädten betrifft. Bis dahin wurden Bürgerhaushalte in Deutschland ausschließlich in kleinen und mittelgroßen Kommunen praktiziert. Mit dem Fortdauern des Bestehens des Bürgerhaushaltes Lichtenberg über nunmehr 12 Jahre bleibt der Bezirk seiner Vorreiterposition auch treu.

Federführend verankert wurde das Beteiligungsverfahren zunächst im Finanzservice, später im Steuerungsdienst des Bezirksamtes. Die koordinierende Funktion im Verfahren nimmt die Geschäftsstelle Bürgerhaushalt wahr, die nunmehr in der Stabsstelle Bürgerbeteiligung eingegliedert ist.

4.2.2 Welche Ressourcen stehen zur Verfügung?

Für die Einführung des Verfahrens wendete der Bezirk 2005 insgesamt 140.000 € (inklusive der Projektmittel aus der Neuordnungsaenda) auf. Hiervon wurden die Erstellung der Online-Dialogplattform, die Öffentlichkeitsarbeit, die Veranstaltungen und nicht zuletzt die wissenschaftlich begleitete Evaluation des Pilotprojektes finanziert.

Die Geschäftsstelle Bürgerhaushalt wird derzeit mit 2 Personalstellen gewährleistet,



© Bezirksamt Lichtenberg

die parallel auch noch andere Beteiligungsverfahren und Projekte betreuen.

Gesteuert wird der Gesamtprozess des Bürgerhaushaltes vom Begleitgremium Bürgerhaushalt. Es systematisiert und verabschiedet Beschlussempfehlungen an die Bezirksverordnetenversammlung. Die Arbeit des Begleitgremiums wird von den Fachverwaltungen des Bezirksamtes unterstützt. Weiterführende Details zu diesem Beteiligungsverfahren sind in der Rahmenkonzeption Bürgerhaushalt Lichtenberg in der aktuellen Fassung vom 24.07.2017 enthalten.



© Bezirksamt Lichtenberg

4.2.3 Zielgruppe: Wer wird wie beteiligt?

Der Zugang zur Beteiligung ist niedrigschwellig gestaltet. Alle, die in Lichtenberg wohnen und/oder arbeiten, können sich am Verfahren beteiligen. Es gibt keine Altersgrenze beim Zugang zum Verfahren.

Die Beteiligung erfolgt zunächst über Vorschläge, die zu folgenden Themen eingebracht werden können:

- Bibliotheken
- Gesundheit
- Kinder- und Jugend
- Kultur
- Musikschule
- Senioren
- Sport
- Stadtteilprojekte
- Umwelt und Natur (Bäume, Grünflächen und Spielplätze)
- Volkshochschule
- Wirtschaftsförderung sowie
- Öffentliches Straßenland.

Eine aktive Information über den Handlungsspielraum und das Beteiligungsverfahren erfolgt über das Internetportal des Bürgerhaushaltes (www.buergerhaushalt-lichtenberg.de), lokale Medien (bspw. Lichtenberger Rathausnachrichten), die Stadtteilkoordinationen in den Stadtteilzentren sowie Auslagen/Aushänge (bspw. in Bürgerämtern, Bibliotheken, Stadtteilzentren, Jugendfreizeiteinrichtungen usw.). Über diese zentralen Kanäle können Informationen zum Bürgerhaushalt breit gestreut werden. Vorschläge können ganzjährig auf drei unterschiedlichen Wegen eingebracht werden:

- Schriftliche Einreichung von Vorschlägen anhand eines vor gefertigten Vorschlagsblattes, das alle notwendigen Angaben erfragt. Ebenso können Vorschläge formlos per Brief beim Bezirksamt Lichtenberg eingereicht werden.
- Einreichung von Vorschlägen über das Internet unter www.buergerhaushalt-lichtenberg.de. Hier können Vorschläge direkt verfasst und zur Diskussion gestellt werden.
- Im Rahmen regelmäßiger Stadtteildialoge, also Veranstaltungsformaten mit der Bürgerschaft, Verwaltung und Politik. Auch hier werden Vorschläge für den Bürgerhaushalt zusammengetragen.

Alle eingegangenen Vorschläge werden zentral auf dem Internetportal des Bürgerhaushaltes veröffentlicht. Dabei können die Vorschläge auf einem Stadtplan visualisiert, sowie nach Themen und Stadtteilen gefiltert, kommentiert und bewertet werden.

Die Vorschläge werden geprüft, mit einer Stellungnahme versehen und anschließend gemeinsam mit den Einreichenden, Politik, Verwaltung und Bürgerschaftsvertretern im Begleitgremium Bürgerhaushalt besprochen, so sie nicht über geeignetere Bearbeitungswege geleitet werden können oder müssen (Anliegenmanagement, Behandlung von Vorschlägen als Fachthema in zuständigen Fachausschüssen der

Bezirksverordnetenversammlung (BVV), Empfehlung zur Umsetzung an eine andere Behörde/Einrichtung bei Zuständigkeit Dritter).

Das Begleitgremium, dessen Stimmmehrheit bürgerschaftliche Vertreterinnen und Vertreter abbilden, entscheidet bei der Empfehlung an die BVV ob ein Vorschlag:

- aus dem beschlossenen Haushalt umgesetzt werden kann,
- in das Votierungsverfahren geleitet und abhängig vom Abstimmungsergebnis ggf. in die spätere Haushaltsplanung aufgenommen wird,
- abzulehnen ist, oder
- an eine der 13 Bürgerjurs zur Prüfung im Rahmen des Kiezfonds weitergeleitet wird.

Alle Umsetzungsberichte zu den Vorschlägen werden vollständig im Internet und begleitend in lokalen Medien veröffentlicht.

4.2.4 Ergebnisse des Projekts

Das Instrument Bürgerhaushalt ermöglicht eine Win-Win-Situation auf allen Seiten der beteiligten Gruppen.

Die Bürgerschaft gewinnt mehr Transparenz, Möglichkeiten der Mitsprache und

einer bedarfsgerechten Prioritätensetzung und sie sieht sich ernst genommen. Zielorientierung: Bürgerschaft will wissen, mitentscheiden und „kontrollieren“, was mit den Steuergeldern passiert (Autonomiemotivation, Mitbestimmung, Selbstbestimmung). Bürgerbeteiligung verbessert die Chancen, dass diejenigen zu Wort kommen, die sonst keine Lobby haben (soziale Gerechtigkeit) und stärkt ihre Bürgerrolle. Die Verfügbarkeit von bürgerschaftlichem Expertenwissen für fundierte Entscheidungen der Verwaltung dient auch dazu, der „Basisferne“ der Bürokratie entgegenzuwirken und direkten Einfluss bei der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes zu nehmen (Verbesserung von Verwaltungsentscheidungen durch Kooperation „von unten“).

Die Politik gewinnt eine Versachlichung und höhere Qualität der haushaltspolitischen Diskussionen, mehr Legitimation sowie mehr Identifikation der Bürgerschaft mit dem Gemeinwesen. Zielorientierung: Legitimation von Entscheidungen, Abbau von Politik- und Demokratieverdrossenheit, Steigerung von Bürgerengagement und Identifizierung mit dem Stadtteil und dem Bezirk.

Die Verwaltung gewinnt mehr Informationen und Bürgernähe sowie mehr



© Bezirksamt Lichtenberg

Transparenz in der Prioritätensetzung. Zielorientierung; Reputations- und Legitimationsgewinn durch Anerkennung der Bürgerschaft auf partnerschaftlicher Augenhöhe im Prozess der Haushaltsplanaufstellung, mehr Akzeptanz der Bürgerschaft durch Transparenz der Mittelverwendung, bessere Wissensbasis für sachgerechte und möglicherweise effizientere Verwaltungsentscheidungen, Einbringung zusätzlicher Kompetenzen durch die Bürgerschaft, größere Klarheit durch die Prioritätensetzung für die Verwaltung (weniger Beschwerden).

Maßstab der Zielerreichung ist ein möglichst hoher Grad der Umsetzbarkeit von Vorschlägen, eine gemeinwohlorientierte Bandbreite an Vorschlagsthemen, eine Steigerung der Beteiligungszahlen, ein Zuwachs an bürgerschaftlichem Engagement und ein hoher Zufriedenheitsgrad mit den Entscheidungen und Leistungen der Verwaltung.

Mit einer rechenschaftsbasierten regelmäßigen Umsetzungsberichterstattung im Sinne eines Monitorings unterstützt man die Motivation und Aktivierung der Bürgerschaft für langfristige Prozesse.

4.2.5 Empfehlungen

Zunächst ist es wichtig, eine politische Willensbildung im Sinne eines fraktionsübergreifenden politischen Beschlusses zur Durchführung eines Bürgerhaushaltes herbeizuführen, dies sichert insbesondere eine langfristige Kontinuität. Es sollte nicht als Ein-Parteien-Projekt angelegt sein, parteiübergreifender Konsens ist notwendig. Vereinbart werden sollten dabei auch klare Vereinbarungen zum Umgang mit den Ergebnissen. Die politische Spitze muss bürgerschaftliches Engagement wollen und unterstützen, bereit und in der Lage sein, Kompetenzen der Bevölkerung zu nutzen, die Übernahme von Verantwortung für kommunale Belange durch Bürgerschaft zu fördern, bürgerschaftliche Partizipationsräume nachhaltig zu erweitern und hierzu eine Beteiligungskultur entwickeln.

Im Vorfeld und auch kontinuierlich während des Verfahrens sind Kommunikationsstrukturen zwischen den verschiedenen Ressorts, Fachverwaltungen und der Bürgerschaft unentbehrlich.

Die Erfahrbarkeit gelungener Beteiligung steigt für Bürgerinnen und Bürger mit möglichst kleinräumigem Beteiligungsbezug. Um eine möglichst ausgewogene und vielfältige Beteiligung zu erreichen, sind zielgruppenorientierte Strategien zur Bevölkerungsansprache wichtig.

Eine möglichst breite Öffentlichkeitsarbeit im Sinne von Informationsbereitstellung ist gerade am Anfang von Beteiligungsprozessen wichtig.

Innerhalb des Verfahrens sollten verschiedene Beteiligungswege angeboten werden, die möglichst Vielen die Teilnahme ermöglichen.

Eine transparente Berichterstattung und zeitnahe Rechenschaftslegung zur Umsetzung der Vorschläge motiviert zu weiterer Beteiligung.

Das Verfahren muss anpassbar sein und bleiben. Veränderungen basierend auf Evaluationsergebnissen und Erfahrungen beleben das Partizipationsbewusstsein.

5 Weiterführende Informationen

Handbuch zur Partizipation, 2011, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hg.)

Das Handbuch richtet sich in erster Linie an Mitarbeiter_innen der öffentlichen Verwaltung und gibt einen Überblick über partizipative Prozesse (Rahmenbedingungen, Herausforderungen, Grenzen, Empfehlungen und Methoden) und stellt viele anschauliche Projekte aus der Praxis vor.

Kursbuch Bürgerbeteiligung, 2015, Jörg Sommer (Hg.)

Der Sammelband gibt einen Überblick zu den verschiedenen Themenbereichen der Bürger_innen-Beteiligung (Grundlagen und Methoden, Beispiele und Herausforderungen, nationale und internationale Praxis). Außerdem enthalten ist ein umfangreicher Methodenkatalog zu verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung.

Kursbuch Bürgerbeteiligung #2, 2017, Jörg Sommer (Hg.)

Der Sammelband enthält Artikel zu den Themen: Bürgerbeteiligung im konfliktbeladenen Raum, Bürgerbeteiligung bei der Endlagersuche, Partizipation in Unternehmen und Verwaltung, Beteiligung der jungen Generation, Partizipation in Politik, Kommunale Beteiligungskultur sowie zum Qualitätsmanagement und zur Evaluation von Beteiligungsverfahren. Außerdem werden praktische Beispiele und Methodenerfahrungen vorgestellt.

Partizipation im Wandel, 2014, Bertelsmann Stiftung, Staatsministerium Baden-Württemberg (Hg.)

Die Studie stellt in einer umfassenden empirischen Untersuchung die Wirkungen von Partizipation auf die Demokratie in Deutschland dar. Bundesweit haben sich 27 Kommunen an der Studie beteiligt. Besonders interessant sind die Einzelauswertungen der beteiligten Städte: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/demokratiemonitor/projektthemen/vielfaeltige-demokratiepartizipation-im-wandel/>

Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung, 2008, Bundeskanzleramt Österreich (Hg.)

Die Broschüre stellt eine Übersicht von Grundsätzen der Öffentlichkeitsbeteiligung dar und stellt Standards für verschiedene Stufen des Beteiligungsprozesses vor. Zudem stehen weitere hilfreiche Materialien (Checklisten und Arbeitsblätter) zum Download bereit: http://www.partizipation.at/standards_oeb.html

Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation, 2017, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)

Teilhabe ist in vielen gesellschaftlichen Bereichen zum Leitmotiv geworden. Doch wie ist es um die Wirklichkeit dieses Anspruchs bestellt? Der Band möchte anhand der Lebensrealitäten unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen Teilhabehindernisse sichtbar machen und zu deren Überwindung beitragen.

Herausgeberinnen:

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
Landesstelle für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung (LADS)
Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin
Tel (030) 9028-1866
www.berlin.de/lads
antidiskriminierung@senjustva.berlin.de



Eine Welt der Vielfalt e.V.
Schillerstraße 59, 10627 Berlin
Tel (030) 312 10 80
www.ewdv-diversity.de
info@ewdv-diversity.de



V.i.S.d.P.

Pressestelle der Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
Tel (030) 9013-3622

Redaktion:

Damaris Batram, Dr. Sonja Dudek,
Daya Gudermuth

Gestaltung:

Pudelskern

Das Projekt „Berliner Netzwerke für Vielfalt“
wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und
Integrationsfonds kofinanziert.



Berlin, Dezember 2017